

## Anno ... 25. Woche

1757, 18. Juni: In der Schlacht von Kolin (Böhmen) erleiden die Truppen von Preußenkönig Friedrich II. gegen das österreichische Heer die erste große Niederlage während des Siebenjährigen Krieges. Von den 33000 bis 35000 preußischen Soldaten, die zur Eroberung des seit Mai belagerten Prag entsandt worden waren, bleiben etwa 14000 auf dem Schlachtfeld; die Österreicher verlieren rund 8000 ihrer 54000 Mann. In dem im Vorjahr ausgebrochenen Krieg kämpft Preußen im Bunde mit Großbritannien und einigen Kleinstaaten gegen eine österreichisch-französisch-russisch-schwedische Allianz. Kriegsschauplätze sind neben Mitteleuropa auch Nordamerika und Indien, wo sich insbesondere Engländer und Franzosen um die Vorherrschaft bekämpfen und dafür Verbündete brauchen. In Europa wollte vor allem Preußen nach der Eroberung der österreichischen Provinz Schlesien und einem Sieg über Sachsen (1756) weiter gen Wien marschieren. Nach diversen Schlachten mit wechselnden Siegern wird am 15. Februar 1763 im Frieden von Hubertusburg zwischen Preußen und seinen Gegnern der Status quo ante wiederhergestellt.

1922, 24. Juni: Reichsaußenminister Walther Rathenau wird während einer Fahrt durch die Königsallee in Berlin-Grünwald im offenen Fond seines Wagens erschossen. Die Attentäter handeln im Auftrag der rechtsextremistischen »Organisation Consul«. Der 54jährige jüdische Politiker, Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei und seit Februar Außenminister, hatte am 22. April in Rapallo einen bilateralen Sondervertrag mit Sowjetrußland abgeschlossen, der Deutschland außenpolitisch mehr Handlungsspielraum eröffnete, aber von der völkischen Rechten als Verrat verleumdet wurde.

1937, 24. Juni: Generalfeldmarschall Werner von Blomberg unterzeichnet als Oberbefehlshaber eine Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der faschistischen Wehrmacht, obwohl, wie es darin heißt, »Deutschland mit keinem Angriff von irgendeiner Seite zu rechnen hat«. Dem in der Weisung konstatierten »fehlenden Kriegswillen bei allen Völkern« setzt der OB die Absicht entgegen, »die Wehrmacht in die Lage zu versetzen, einen Krieg überfallartig (...) beginnen zu können«.

1947, 23. Juni: In den USA wird der gewerkschaftsfeindliche Taft-Hartley-Act verabschiedet. Das von Senator Robert A. Taft und dem Kongreßabgeordneten Fred A. Hartley eingebrachte und mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossene Gesetz mit dem amtlichen Namen »Labor Management Relations Act« schränkt zugunsten der Unternehmer die Handlungsspielräume der Gewerkschaften drastisch ein; dem Präsidenten der USA wird das Recht eingeräumt, Zwangsarbeit anzuordnen und Streiks zu verbieten. Gewerkschaftsfunktionäre müssen eidesstattlich erklären, nicht Mitglied der KP zu sein.  
<https://www.jungewelt.de/artikel/87871.anno-25-woche.html>